

Platzecks „Realismus“ - Warum wir einen Solidarpakt III brauchen

Karl Mai

„Zwanzig Jahre deutsche Einheit“ – unter diesem Motto versammeln sich jetzt die politischen Interessenvertreter aller Richtungen mit ambivalenten Aussagen zum Thema. Der „Spiegel“ brachte soeben unter dem Titel „Abbau Ost“ eine frustrierende Analyse, in der er die Kohlschen Verheißungen zur Vereinigung mit den Ergebnissen konfrontierte. „Heute hängt der Osten am Tropf, und es spricht nichts dafür, dass sich die Lage ändern wird.“ („Spiegel“ Nr. 26/2010, S. 75)

Zunehmend spielt daher das Auslaufen der Finanzierungen der Neuen Bundesländer (NBL) durch den Solidarpakt II (bis zum Jahre 2019) eine wachsende Rolle. Bekanntlich werden diese Finanzmittel ab 2009 jährlich von ca. 10 Mrd. Euro schrittweise auf Null zurückgeführt. Ministerpräsident Platzeck (Brandenburg) gab der „Mitteldeutschen Zeitung“ ein Interview, worin er u. a. zu den schlechten Aussichten für einen Solidarpakt III wie folgt bekundete:

„Wenn ich die Stimmung der Ministerpräsidenten-Konferenz richtig werte, gibt es keine reale Chance mehr, über so etwas zu reden wie einen dritten Solidarpakt. Im Gegenteil. Wir werden eher zu tun haben – und das sieht man an den Klagebemühungen der Südwestländer gegen den Finanzausgleich – die bestehende und bis 2019 beschlossene Förderung zu erhalten.“

Die Stimmung kann MP Platzeck zwar korrekt eingefangen haben – aber seine Schlussfolgerung daraus lautet: „Das heißt, wir müssen also am Ende dieses Jahrzehnts nicht nur auf unseren eigenen Beinen stehen, sondern auch laufen gelernt haben.“ Hier nun gilt der Spruch vom „Wunsch als Vater des Gedankens“! Tatsächlich klaffen hierzu politisch-taktische und wissenschaftlich-prognostische Ansichten markant auseinander, wenn es um die Chancen der NBL für die Zukunft geht. Platzeck jedenfalls verkündet seine Botschaft (gemäß Schlagzeile) „Der Osten hat großes Potenzial“. Damit suggeriert er zunächst, dass dieses Potenzial nur emsig entwickelt werden müsste. Durch wen und womit?

Das Auslaufen des Solidarpakts II bis 2019 beendet zunächst die Förderung durch die „Sonder-Ergänzungszuweisungen des Bundes“ (SoBEZ), d. h. die mittels reiner Bundeszuschüsse. Hierauf haben die Südwestländer keinen direkten Einfluss – es handelt sich keineswegs um den üblichen allgemeinen Länderfinanzausgleich gemäß der föderalen Regelungen im Grundgesetz. Insofern braucht MP Platzeck nicht die „Mißstimmung“ aus den südwestlichen Ländern zu fürchten.

Wenn er es trotzdem vorgibt, so entsteht sofort die Frage, wem er damit einen Gefallen tun möchte.

„Laufen lernen!“ bedeutet: eigenständig die Finanzierung der ostdeutschen Bundesländer zu sichern, d.h. die benötigten Finanzmittel „selbst zu erwirtschaften“ -

ein hochgestecktes Ziel, das über das bloße „Mithalten im Wachstumstempo“ hinausgeht, weil der Rückstand Ost so nicht verringert werden könnte. Darüber müsste eigentlich MP Platzeck klare Vorstellungen haben. Ist das Ziel erreichbar, bis 2019 die regionale Wirtschaft der NBL aus dem Rückstand von Arbeitsproduktivität, Lohn- und Sozialeinkommen sowie von unterdurchschnittlichen Beschäftigungsmöglichkeiten zu „gleichartigen Lebensverhältnissen“ zu führen? Wenn nicht, so wäre die Hoffnung auf einen Solidarpüakt III nicht bloß verständlich, sondern sogar unabdingbar.

Weitere Solidarität mit den NBL würde politisch zwingend eingefordert, falls die nächsten *zehn Jahre* der gesamtdeutschen Entwicklung die Schere zwischen Ost und West nicht deutlich verringern, sondern sie sogar weiter auseinanderklaffen lassen würde.

Gegenwärtig haben die NBL nach Platzecks Meinung hauptsächlich zwei wirtschaftliche Schwerpunktprobleme: die noch zu niedrigen Potenziale der industrienahen Forschung und die noch zu niedrige Beschäftigungsrate der Wohnbevölkerung. Beide Schwachpunkte bedürfen einer raschen Angleichung bis 2019, um das Ziel zu erreichen, „das große Potenzial“ des Ostens (Platzeck) zu erschließen.

Die Wirtschaftsforschung ist sich längst darüber einig, dass dieses Ziel durch mindestens zwei Umstände stark behindert wird: 1. durch die immer schwieriger werdende Finanzlage der Neuen Bundesländer und 2. durch den weiteren Rückgang der ostdeutschen Wohnbevölkerung. Zu beiden Faktoren hat sich MP Platzeck jedoch nicht perspektivisch geäußert. Das bringt ihn in den Verdacht der „Schönfärberei durch Unterlassung“.

Die Perspektive ist stark abhängig von der ostdeutschen Konkunktur im Rahmen der gesamtdeutschen Entwicklung, die u.a. über die Höhe der normalen, d.h. der originären Steuereinnahmen in Ostdeutschland entscheidet.

Die Finanzlage der NBL gerät gleich durch *drei Faktoren* unter Druck: erstens, die jährlich rückläufigen Mittel aus den SoBEZ, zweitens, die Forderungen nach Abbau der Haushaltsdefizite der Länder und nach Einhaltung der Defizitkriterien gemäß der EWU, drittens, die Rückwirkungen der Verminderung der Kaufkraft infolge der rückläufigen Wohnbevölkerung auf lange Sicht. Davon sind die fünf Neuen Bundesländer unterschiedlich betroffen.

Der drückende, rasch wachsende Schuldenstand der Neuen Bundesländer ist bisher Ausdruck einer permanenten Schwäche der originären Steuereinnahmen sowie überproportional hoher laufender Haushaltsausgaben, die noch keineswegs überwunden sind. So hat z. B. Sachsen-Anhalt noch derzeit eine besonders schwere Hypothek infolge seiner hochgradigen Verschuldung im Landeshaushalt und in den Gemeinden.

Insgesamt zeigt die Verschuldung einen deprimierenden Verlauf:

Tab.: Verschuldung der ostdeutschen Länder- und Gemeindehaushalte, in Mrd. Euro

	1991	1995	1999	2005	2008
Summe NBL:	6,9	54,3	73,9	92,5	95,4

(Quelle: Destatis, VGR der Länder, Angabe ohne Berlin)

Wie sich hier zeigt, erreichten die ostdeutschen Regionalhaushalte 2009 eine Schuldenlast in Höhe von 95,4 Mrd. Euro bzw. 190,8 Mrd. DM, die vergleichsweise nicht weit von der DDR-Verschuldung von 1990 (!) entfernt ist.

Die Zinslasten und die Ausgabenkürzungen bei Einhaltung der Defizitkriterien stehen den Durchbrüchen der „großen Potenziale des Ostens“ (Platzek) allerdings im Wege. Man kann sich nicht aus der Haushaltskrise „heraussparen“, was bereits das Scheitern der Strategie von Hans Eichel als Bundesfinanzminister nach dem Jahr 2000 gezeigt hat.

Gleichzeitig erfordert die Überwindung des restlichen Rückstands der Neuen Bundesländer eine externe Investitionswelle, die nicht mehr von schwindenden Fördermitteln gespeist werden kann, sondern eine andere *nationale Investitionsstrategie im privaten Industriebereich verlangt*. (Die Chancen hierfür scheinen dem objektiven Betrachter aber als längst verpasst.)

Die *DB Research* brachte in ihrer letzten Ostdeutschland-Studie die realistische Betrachtung auf den Punkt: „Darüber hinaus dürfte bei nüchterner Betrachtung auch kaum die Schlussfolgerung zu vermeiden sein, dass selbst nach Auslaufen des Solidarpakts II zum Abbau der teilungsbedingten Sonderlasten ein *ökonomisch und politisch vernünftiges Maß an Solidarität erforderlich bleiben wird*.“ Daraus ist ersichtlich, dass *DB Research* die bis 2019 erreichbaren Ziele für Ostdeutschland nüchtern einschätzt.

Diese Einsicht hatte schon die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* in ihrem „*Memorandum 2006*“ dazu geführt, einen *Solidarpakt III* einzufordern, „um den finanziellen Kollaps in Ostdeutschland zu verhindern. Die Mittel daraus müssen dafür genügen, um die zurückgehenden Fördersummen zu kompensieren und eine investive Anlage der Gelder tatsächlich zu ermöglichen,“ sowie „die weitere wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands zu einer gesamtstaatlichen Aufgabe zu machen, dabei die Stärken der neuen Länder konsequent zu nutzen und so eine ökologisch nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaft zu entwickeln.“ (S. 164, 162)

Inzwischen zeichnet sich ab, dass man der Wahrheit „realistisch“ ins Auge blicken muss, um das dramatische Zurückbleiben der Neuen Bundesländern zu ändern. Daher folgert die *DB Research* in ihrer Studie ganz klar:

„Die östlichen Bundesländer haben in den letzten fünf Jahren deutliche Fortschritte in ihrer Wirtschaftsentwicklung verzeichnen können, aber für Quantensprünge, rasches aufholendes Wachstum und eine vollständige Annäherung an den durchschnittlichen Lebensstandard sowie ein *ähnlich hohes Niveau an sozialer Sicherheit* wie in den westlichen Bundesländern *gab es weder 1989/90 noch 2009/2010 eine ökonomisch plausible Perspektive.*“ (Hervorhebung – K.M.)

Dem ist grundsätzlich nichts hinzuzufügen. Wenn MP Platzeck jedoch *von vornherein* den Kampf um die notwendige solidarische Finanzunterstützung der NBL preisgibt, und sei es aus politisch-taktischen Gründen, greift er den Ernst der entstandenen Lage für die NBL und für ganz Deutschland offenbar nicht auf.

Zitierte Literatur:

DB Research, Aufbruch Ost. Die Wirtschaftsentwicklung in den östlichen Ländern, September 2009, Reihe Aktuelle Themen, Nr. 458, www.dbresearch.de

Juni 2010